

An  
Die Republik Österreich,  
Parlament

Begutachtungsverfahren

Es ist erschütternd, dass hier kolportierte Frühstücksgespräche mit der Verkehrsministerin inzwischen jahrelang bewährte und nunmehr in Wien stark ausgebaute Situationen mit vorgezogenen Haltelinien für den Fahrradverkehr, beziehungsweise das Festschreiben ebendieser "Bikeboxen", zur im Stadtverkehr wesentlich marginaleren Gruppe der Motorräder hin verschieben! Diese Vorgehensweise kontakariert die positiven, entschleunigenden Maßnahmen, die in den letzten Jahren umgesetzt wurden!

Die Einführung der Helmpflicht für unter-11-jährige entlarvte sich beim Auftritt der Bundesministerin im ORF Report als reine Schein-Sicherheitsmaßnahme, um in einer ministerienübergreifender Woche programmierter "Wir tun etwas, sind nicht untätig"-PR von anderen Themen der Regierungsarbeit abzulenken. Die zur Legitimierung dieser Maßnahme herangezogene Studie wurde schon von Fachkundigeren als meiner Wenigkeit als unhaltbar unseriör qualifiziert. Peinlich, sich noch auf diese Studie zu berufen!

Der Stadtverkehr der Zukunft gehört schlicht und einfach entschleunigt! Und wie bremsen wir den MIV auf am Besten auf das Tempo ein, mit dem er ohne Stehphasen in dichtem Stadtgebiet von einer grünen Ampelphase zur nächsten kommt: indem wir ihm die Fahrräder, die das leise und sicher schaffen, auf die Fahrbahn schicken! Die Fahrradwegebenutzungspflicht ist, außer auf Überlandrouten, aufzuheben!

Die 10kmh Annäherungsgeschwindigkeit trotz Vorrang auf Fahrradüberfahrten verunmöglichen ebendiesen Vorrang und Geschwindigkeitsmessgeräte auf Fahrrädern sind auch nicht vorgeschrieben. Dieser Passus sollte durch die Empfehlung, vor Fahrradüberfahrten auf der Querfahrbahn Bodenschwellen zu installieren, ersetzt werden!

mit zuversichtlichsten Grüßen, dass diese Novelle so nicht durchkommt,  
Heinrich Flickschuh, Wien